

## **Wahlprüfsteine zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 2012**

### **1. Welche Initiativen will Ihre Partei ergreifen, um Medienbildung in der Schule deutlich zu stärken?**

In unserem Wahlprogramm heißt es hierzu: „Die Vermittlung von musisch-künstlerischen Fähigkeiten, sozialer, kommunikativer und emotionaler Kompetenz, Medienkompetenz, Verbraucherbildung sowie die Bildung für nachhaltige Entwicklung müssen gestärkt werden, damit sich die Kinder und Jugendlichen zu ganzheitlich gebildeten selbstbewussten Persönlichkeiten und selbstständigen Akteurinnen und Akteuren der Gesellschaft entwickeln können.“

Wir wollen hierzu Bausteine in der Lehrerausbildung sowie der Fortbildung verankert sehen. Außerdem sollen die regionalen Bildungsbüros über Projekte, Veranstaltungen und Programme informieren und beraten, die Medienkompetenz vermitteln bzw. die Vermittlung unterstützen.

### **2. Wie wird Ihre Partei die Institutionen außerschulischer Bildung und Jugendhilfe so stärken, dass Medienbildung und Kinder- und Jugendmedienarbeit zu einem integrativen Bestandteil dieser Bereiche werden?**

### **3. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit Kinder und Jugendliche lernen, die Chancen des Internets und der mobilen Kommunikationen zur Entwicklung ihrer Persönlichkeit sowie zur Verstärkung ihrer gesellschaftlicher Teilhabe zu nutzen und wie wollen Sie Kinder und Jugendliche vor Gefahren im Internet schützen und über Risiken aufklären?**

Wir haben als Land die Mittel für den Kinder- und Jugendförderplan um 20 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro erhöht und damit einen ganz wesentlichen Beitrag zu einer besseren Angebotsfinanzierung in der Jugendhilfe geleistet. Teil 2 des Kinder und Jugendförderplans betrifft den Teil den Bereich der Kulturellen Jugendbildung/ Medienkompetenz, für den jährlich 6,8 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Auch die Förderung der Träger der Medienpädagogik wurde deutlich erhöht. Wir wollen in der kommenden Wahlperiode diese gerade erst erhöhte Förderung fortsetzen und damit den Bereich des außerschulischen Erwerbs von Medienkompetenz weiter stärken.

### **4. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um medienpädagogische Themen altersangemessen in die frühkindliche Bildung integrieren?**

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz ist ein Bundesgesetz und weist die Verantwortung für die pädagogische Konzeption und die Lerninhalte in Kindertagesstätten deren Trägern zu. Als Land haben wir bereits 2003 eine Bildungsvereinbarung mit den Kindergartenträgern geschlossen, die wir in der kommenden Wahlperiode novellieren wollen. Wir als Grüne legen dabei einen ganzheitlichen Bildungsbegriff zu Grunde und beabsichtigen, dem Bereich der Medienbildung dabei einen besonderen Stellenwert einzuräumen. Kinder sollen in die Lage versetzt werden, den Prozess der Aneignung der Welt auch mittels Medien bewusst und aktiv zu gestalten. Medienpädagogische Angebote haben dabei nicht „das Erlernen von Medien“ zum Gegenstandsbereich, sondern die Kinder! Sie sollen in lernender, sozialer, gestaltender und vielleicht auch kritischer Beziehung zu den Medien stehen. All dies in altersgerechter Form.

**5. Medienkompetenz ist eine Schlüsselkompetenz, die heute unverzichtbar zur gesellschaftlichen Teilhabe ist. Wie gedenken Sie pädagogische Fachkräfte der außerschulischen Bildung sowie Lehrerinnen und Lehrer darin kontinuierlich zu qualifizieren? Unterstützen Sie den Vorschlag einer medienpädagogischen Grundbildung für alle pädagogischen Fachkräfte?**

Die außerschulische Bildung wird vom Land im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans und der Förderung der Weiterbildungseinrichtungen gefördert. Hierbei wurden die Kürzungen der Vorgängerregierungen in beiden Bereichen zurückgenommen. Die pädagogische Ausrichtung wie die Qualifizierung liegen in der Verantwortung der Träger, also der Kommunen oder der freien Träger und entziehen sich damit einem direkten Zugriff des Landes. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer ausreichend qualifizierten Medienbildung – und deren Zertifizierung - ist in den letzten Jahren erkennbar gestiegen und wird z.B. auch im Rahmen der Weiterbildungskonferenz beraten, zudem die zuständige Ministerin Sylvia Löhrmann die Trägerverbände eingeladen hatte. Diese Konferenz wurde durch die Auflösung des Landtags unterbrochen. Wir wollen eine rasche Fortsetzung nach den Neuwahlen.

**6. Wie wollen Sie den Ausbau der medienpädagogischen Elternarbeit und entsprechender Netzwerke in den Regionen verstärken, damit Eltern für aktuelle Aufgaben der Medienerziehung sensibilisiert werden?**

Wie schon zu Frage 1 ausgeführt, sehen wir die regionalen Bildungslandschaften als Ansatzpunkt, die Vernetzung der medienpädagogischen Elternarbeit einzubeziehen und zu stärken.

**7. Wie stellen Sie sich die Integration medienpädagogischer Aspekte in die Beratungspraxis von Einrichtungen im Bereich der Eltern- und Familienberatung und der sozialpädagogischen Familienhilfe vor?**

Die Ausgestaltung der Beratungspraxis liegt in der Kompetenz der Träger. Best-practice-Beispiele können hier Anregungen für andere Träger und Regionen bieten.

**8. Wie kann Ihrer Meinung nach die Finanzierung der Medienausstattung, des technischen Supports und der Unterstützung von Schulen sichergestellt werden?**

Nach der Landesverfassung NRW ist das Land für die inneren, die Kommunen für die äußeren Schulangelegenheiten zuständig. Von Landesseite gilt es, die Ausweitung digitaler Lernmaterialien und deren bessere Verfügbarkeit sicherzustellen. Allerdings lehnen wir in diesem Zusammenhang die von den Verlagen gewünschte Einführung sogenannter Schultrojaner ab, die nach nichtlizenzierten Daten scannen. Für die Ausstattung der Schulen mit Hardware, W-LAN etc. sind die Kommunen zuständig. Wir haben die Kommunen finanziell entlastet und werden das in den nächsten Jahren verstärkt fortsetzen. Damit geben wir den Kommunen Handlungsfähigkeit zurück, damit sie ihre Aufgaben, wozu auch die Ausstattung der Schulen gehört, besser wahrnehmen können. Vorbildliche Ansätze, wie z.B. Lernstatt Paderborn sollten hier als best-practice-Beispiele landesweit Schule machen.

**9. Die ständige Veränderung von Kommunikation und Medien erfordert eine kontinuierliche medienpädagogische Praxis- und Evaluationsforschung um zu klären, welche Ansätze erfolgreich und nachhaltig sind. Was haben Sie vor, um eine derartige Forschung und Evaluation zu unterstützen bzw. zu gewährleisten?**

Ein Land wie NRW braucht wieder ein Landesinstitut für Bildung. Aufgabe sollte insbesondere die systematische Qualitätsentwicklung und Unterstützung der Schulen sein. Die gestiegene Bedeutung der Medienkompetenz wird hier selbstverständlich einfließen müssen.

## **10. Wie gedenken Sie, die digitale Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen?**

Gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen zu ermöglichen ist eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft und erst recht der Politik. Die zunehmende Veränderung in der Kommunikation muss deshalb auch die digitale Teilhabe umfassen. Hierzu gehört der kostengünstige, barrierefreie Zugang zu digitalen Medien wie der Erwerb von Medienkompetenz gerade für junge und alte Menschen. Dazu gehört aber auch ein veränderter Umgang der staatlichen Einrichtungen in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern.

### **Kontakt:**

Büro Reiner Priggen

Mitglied des Ständigen Ausschusses (Ältestenrat) im Sinne des Art. 40 LV NRW

Bündnis 90/Die Grünen im Hause des Landtags NRW

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Web: [www.gruene-nrw.de/](http://www.gruene-nrw.de/)